



SPD

Die sozialdemokratische
Kreistagsfraktion
im Landkreis Esslingen

SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2020

Zweite Lesung
Donnerstag, 7. November 2019

ANTRÄGE

Verwaltungs- und Finanzausschuss

Antrag: Einführung eines 365 Euro Ticket

Die SPD-Fraktion beauftragt die Landkreisverwaltung, Gespräche mit den anderen Landkreisen im Verband Region Stuttgart, sowie der Landeshauptstadt Stuttgart zu führen, wie in den kommenden Jahren schrittweise ein 365 Euro-Ticket für alle im VVS eingeführt werden kann.

Die Fraktion beantragt weiterhin, dass sich der Landkreis dafür einsetzt, dass sich der Verband Region Stuttgart als eine von 10 Modellregionen für ein 365 Euro Ticket im Rahmen des Klimaschutzpakets der Bundesregierung bewirbt.

Begründung:

In Zeiten der Diskussionen über den Klimawandel und über weitere Fahrverbote kann die VVS-Tarifreform nur ein erster Schritt auf dem Weg in Richtung hin zu einer weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Region sein.

Eine Finanzierung kann zumindest in Teilen auch aus Mitteln des Klimaschutzpakets der Bundesregierung erfolgen.

Antrag: Höhe der Kreisumlage

Die SPD-Fraktion beantragt den Hebesatz der Kreisumlage für den Haushalt 2020 auf 31 % fest zu setzen.

Begründung:

Durch die sich aus dem Haushaltserlass ergebenden Verbesserungen, die noch nicht im Entwurf berücksichtigt werden konnten, ergeben sich Einsparungen bzw. Mehreinnahmen von 4,7 Mio Euro. Im Jahr 2019 wurde bei der Einbringung argumentiert, dass sich die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Landkreis um 35,6 Mio erhöht und daher ein Hebesatz von 30,7 % beibehalten werden kann. Im Jahr 2020 erhöht sich die Steuerkraftsumme um sogar 58 Mio. Euro und dennoch wird eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,3 % vorgesehen. Allein die o.g. Verbesserungen machen mehr als 0,5 % aus.

Bei den Personalausgaben wurde wie in jedem Jahr davon ausgegangen, dass alle Stellen, auch alle neu geschaffenen Stellen, die zum 01.01.2020 noch gar nicht besetzt sein können das komplette Jahr besetzt sind. Zumindest lässt dies die Personalkostenhochrechnung vermuten. Trotz großem Fachkräftemangel, den die Verwaltung selbst immer wieder beklagt und damit einhergehender Schwierigkeiten alle Stellen immer zeitnah wieder zu besetzen, bleibt man bei dieser unrealistischen Planung. Weiterhin werden noch zusätzliche Mittel für kurzfristig notwendige befristete Beschäftigungen vorgesehen. Gemäß dem Finanzzwischenbericht zum 31.07.2019 geht die Verwaltung 2019 von einer Personalkosteneinsparung von rund 2,7 Mio. Euro aus.

Dies zeigt, dass nicht erst in diesem Jahr die o.g. Annahmen nicht zutreffend sind.

Deshalb kann ohne Übertreibung auch für das Jahr 2020 von einer Einsparung von 2 Mio. Euro ausgegangen werden.

Der VVS hat in seiner Pressemitteilung vom 21.08.2019 von Mindereinnahmen im ersten Halbjahr 2019 durch die Tarifreform von 10 Mio. Euro gesprochen, die durch die Verbundpartner ausgeglichen werden müssen. Geht man von einer gleichförmigen Entwicklung im zweiten Halbjahr aus, bei gleichzeitigem weiter ansteigendem Fahrgastaufkommen kann

von max. 20 Mio. Euro Ausgleichsbetrag ausgegangen werden. Gerechnet wurde für 2019 mit 31,6 Mio. Umgerechnet auf den Landkreis Esslingen bedeutet dies 2,3 Mio. zu erstattender Ausfall, statt geplanter 3,7, also eine Verbesserung um 1,4 Mio. Euro.

Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung 2020 fortsetzt und nicht die dann eingeplanten max. 5 Mio. Euro an Ausgleichszahlung anfallen. Mindestens dieselben 1,4 Mio. Euro weniger sollten dann anfallen.

In der Summe entsprechen diese Einsparvorschläge etwas mehr als einem Kreisumlagepunkt im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag im Entwurf. Diese Vorschläge führen zu keinen Leistungseinschränkungen und ersparen den kreisangehörigen Kommunen 8 Mio. Euro, die auch sie bei zurückgehender Konjunktur dringend brauchen können.

Im Sinne einer Haushaltswahrheit und -klarheit halten wir diese Anpassungen für gerechtfertigt.

Ausschuss für Technik und Umwelt

Antrag: Klimaschutzkonzept

1. Das vorgestellte Klimaschutzkonzept für den Landkreis ist zwar ein Anfang, das mögliche Handlungsfelder benennt. Um einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz leisten zu können, muss der Landkreis **verbindliche** Klimaschutzziele definieren und mit konkreten Maßnahmen und den entsprechenden Kennzahlen hinterlegen. Ansonsten ist das vom Landrat angekündigte Monitoring des Klimaschutzkonzepts nicht möglich. Daher beantragen wir eine entsprechende Konkretisierung des Klimaschutzkonzepts.

2. Um bei allen vom Landkreis angegangenen Maßnahmen das Thema Klimaschutz in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen zu können, sollen **Sitzungsvorlagen** des ATU künftig nicht nur mit der Darstellung der finanziellen Auswirkungen, sondern auch mit dem Hinweis auf die wahrscheinlichen Auswirkungen für den Klimaschutz auf Basis des Klimaschutzkonzepts (betroffene Handlungsfelder, Kennzahl und (Leit-)Ziele, sowie erwarteter Beitrag der Maßnahme zur Zielerreichung) versehen werden.

3. Die Bevölkerung, die Landwirtschaft und die Kreisgemeinden sollen konsequent an der Mitwirkung und Umsetzung des Klimakonzeptes **beteiligt** werden. In vielen Kommunen des Landkreises gibt es bereits Klimaschutzprogramme bzw. Projekte für den Klimaschutz. Der Landkreis muss beim Thema Klimaschutz **eng mit den Gemeinden kooperieren** und die Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes konsequent weiterentwickeln.

4. Die Energieagentur muss neu ausgerichtet und ihre Aufgaben **zur Energie- und Klimaschutzagentur** erweitert werden, damit sie zu einem wichtigen Anbieter des Klimaschutzes für Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft und für die Bevölkerung wird.

5. Die Wirkung der Maßnahmen und die Fortschritte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Versorgung mit Energie, Nahrung und Rohstoffen soll in **einem jährlichen Monitoring** überprüft und aufgrund neuer Erkenntnisse und Techniken fortgeschrieben werden.

Antrag: Fairtrade Landkreis

Die SPD-Fraktion beantragt die Landkreisverwaltung zu beauftragen, sich als Fairtrade Landkreis zertifizieren zu lassen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für die Konzeption und Umsetzung einzustellen.

Begründung:

Als konkretes Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Fairness in unserer globalisierten Welt wollen wir anderen Landkreisen (Tuttlingen, Enzkreis, Heidenheim, Würzburg, München, Bayreuth) sowie unseren Städten und Gemeinden Filderstadt, Kirchheim unter Teck, Köngen, Ostfildern, Plochingen und Wernau nachziehen und den Einstieg in die Zertifizierung als Fairtrade Landkreis beantragen. Der Landkreis Esslingen geht damit als Vorbild voran und bringt damit zum Ausdruck, dass eine Veränderung möglich ist und jede und jeder etwas bewirken kann.

Das Siegel „Fairtrade“ steht für ökologische, ökonomische und soziale Mindeststandards und ermöglicht so weltweit mehr als einer Millionen Plantagearbeitern und Kleinbauern in Entwicklungsländern fairere Arbeits- und Lebensbedingungen. Durch das Verbot der Anwendung bestimmter Substanzen und eine biologische Anbauweise ist das Fairtrade-Siegel für uns nicht nur unter sozialen, sondern auch unter ökologischen Aspekten unterstützenswert.

Sozialausschuss

Antrag: Rechtsgutachten zu Mietobergrenzen

Die SPD-Fraktion beantragt, dass das dem Landkreis vorliegende Rechtsgutachten zur Schlüssigkeit des Konzepts für die Festlegung der Mietobergrenzen dem Kreistag zur Verfügung gestellt und in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses beraten wird.

Begründung:

Weiterhin machen uns die Auswirkungen der Mietobergrenzen Sorgen. Verschieden Sozialgerichte in anderen Bundesländern haben das Konzept des Wirtschaftsunternehmens Rödl und Partner abgelehnt. Einmal wegen eingearbeiteten Mutmaßungen oder weil der Vergleichsraum nicht richtig ermittelt wurde oder eine nicht zu akzeptierende Unterdeckung entstanden war. Diese Kritikpunkte sehen wir in dem bei uns angewandten Konzept auch gegeben.

Wie uns bekannt wurde liegt der Landkreisverwaltung inzwischen auch ein Rechtsgutachten im Auftrag des Vereins Heimstatt vor. Wir beantragen daher den Fraktionen dieses Rechtsgutachten zur Kenntnis zu geben und über dessen Ergebnisse in der kommenden Sitzung zu beraten.

Antrag: Förderung der Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung (gemeinsamer Antrag mit der Fraktion DIE LINKE)

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie die politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie im Landkreis Esslingen gestärkt werden kann. Bei der Erstellung der Konzeption sind die Akteure (u.a. LIGA, Kreisjugendring, Städte und Gemeinden, Schulen, sonstige Träger) zu beteiligen. Zudem ist die Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle nach dem Beispiel des Rems-Murr-Kreises (Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, "DeRex") bei einem Freien Träger oder der Verwaltung zu prüfen. Im Rahmen der Konzeptionserstellung soll geprüft werden, ob es zudem erforderlich ist, weitere demokratiegefährdende Ideologien miteinzubeziehen.

Begründung:

Spätestens seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle und dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) dürfte klar sein, dass der Rechtsextremismus eine erhebliche Gefahr für unser demokratisches System darstellt. Auch die zuvor erfolgten Anschläge der NSU-Terrorzelle zeigten die Präsenz rechtsextremistisch motivierter Taten in Deutschland. Seit 1990 fielen in der Bundesrepublik 198 Menschen rechtsextremer Gewalttaten zum Opfer ([https:// www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/)). Auch im Landkreis Esslingen kam es 1992 zum Mord an Sadri Berisha in Ostfildern-Kemnat (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680567.html>). Vor diesem Hintergrund der sichtbaren Zunahme rassistischer und antisemitischer Ansichten in der deutschen Bevölkerung gilt es mehr denn je, mit politischer Bildungsarbeit antidemokratische Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und pauschalisierende Abwertungskonstruktionen präventiv entgegenzuwirken. Wir wollen diese politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung stärken. In einem ersten Schritt sollen hierfür bestehende Aktivitäten in unserem Landkreis sichtbar gemacht werden. Im Rahmen der Konzeption sollen die bestehenden Akteure zunächst einmal besser vernetzt und koordiniert werden. Ziel der Konzeption ist es, die bestehenden Initiativen und Akteure untereinander durch Vernetzung zu stärken, sowie die Angebote für neu hinzukommende Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure und Einzelpersonen besser sichtbar zu machen. Zugleich konzentrieren sich vielfache Ansätze vor allem auf die großen Kreisstädte, weshalb auch die Vernetzung und Ausdehnung von Aktivitäten auf den ländlichen Raum mitzuprüfen und unterstützen ist.

Antrag: Bericht zur Situation der Jesidinnen und ihrer Kinder im Landkreis

Die SPD Fraktion beantragt eine grundsätzliche Darstellung der jetzigen Situation jesidischer Frauen und Kinder im Landkreis.

Wie stellt sich die weitere Betreuung nach Ausstieg des Landes dar?

Welche Aufgabenschwerpunkte der Betreuung haben sich herauskristallisiert und wie wurden diese erfüllt?

Wie sind die Integrationserfolge der jesidischen Frauen und Kinder (Sprache, Schullaufbahn, Berufsfindung) im Landkreis?

Welche Zuschüsse hat der Landkreis für welche Aufgaben in welcher Höhe vom Land für diese Aufgabe erhalten? Haben diese die Kosten gedeckt, wenn nein, welche Beträge blieben offen? Wurden die Erfahrungen des Landkreises vor der Beendigung der Sonderförderung vom Land eingeholt und wie steht der Landkreis zur Beendigung?

In welche Kommunen wurden diese Frauen und Kinder nach der zentralen Erstunterbringung verlegt und wie und durch wen wurde die Betreuung dann durchgeführt?

Wie sieht der Landkreis die Zukunft der Betreuung und Begleitung der jesidischen Frauen und Kinder im Landkreis? Mit welchem finanziellen Aufwand wird gerechnet?

Begründung:

Vor vier Jahren hat Ministerpräsident Kretschmann 1000 Frauen und Kinder aus dem Nordirak nach Baden-Württemberg geholt. Er wurde dafür weltweit geehrt. Der Landkreis hat 100 dieser Frauen und Kinder aufgenommen und mit hohem personellem Aufwand für ein sehr gutes Ankommen dieser schwer traumatisierten Menschen gesorgt. Nun entlässt sie der Ministerpräsident aus seiner Verantwortung und überlässt die Finanzierung der weiteren

Begleitung im Wesentlichen den Landkreisen. Wir wollen wissen, was das konkret für den Landkreis und die betroffenen Kommunen bedeutet.

Antrag: Bericht zur Personalsituation und Kostensituation in der Flüchtlingsarbeit

Wir bitten um Auskunft über die Entwicklung des sonstigen Personals

- A) Im Leistungsbereich
- B) Im Bereich der Ehrenamtskoordination
- C) Beim Ausländeramt
- D) Im Bereich der Sprachkurseangebote
- E) Bei den Integrationsmanagern

Wie haben sich Ausgaben und Einnahmen – durch Landes- bzw. Bundesmittel – im Landkreis in den letzten vier Jahren in diesem Bereich entwickelt?

Begründung:

Der nachlassende Zuzug von Flüchtlingen im letzten und in diesem Jahr hat dazu geführt, dass der Landkreis seine Unterkünfte für die Erstunterbringung reduziert hat. Damit einher ging der Abbau des Heimleitungs- und Hausmeisterpersonals. Gleichzeitig ist die Anzahl der Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung gestiegen, wofür nun die Kommunen die Verantwortung tragen.

Antrag: Finanzierung der Beratungsstellen an den drei Frauenhäusern des Landkreises

Wir beantragen, die Konzeption „Beratung für Frauen in Gewalt- und Krisensituationen im Landkreis Esslingen“ von 2016 mit der notwendigen Erhöhung der Zuschüsse vor allem für die Beratungsstelle in Esslingen fortzuschreiben. Alle Beratungsstellen brauchen Planungssicherheit.

Begründung:

Anfang 2016 wurde für den Landkreis die Konzeption „Beratung für Frauen in Gewalt- und Krisensituationen im Landkreis Esslingen“ verfasst, die Mindeststandards für die drei bestehenden Beratungsangebote in Esslingen, Kirchheim und auf den Fildern festschreibt. Seit 2016 ist die Höhe der freiwilligen Zuschüsse von Stadt und Landkreis Esslingen unverändert. Diese Summen jedoch reichen bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. Die Zahl der beratungssuchenden Frauen hat sich in Esslingen verdoppelt, die der Beratungskontakte auch, Beratungen werden immer umfangreicher und schwieriger.

Da der Esslinger Verein neben der hohen Eigenleistung in der Beratungsstelle auch im Frauenhaus eine 70%-Stelle für die oft traumatisierten Kinder selbst finanziert, ist die Belastung ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung nicht mehr tragbar.

Auch die anderen Beratungsstellen im Kreis sehen sich höheren Belastungen ausgesetzt und müssen ihr Angebot aufstocken.

Kultur- und Schulausschuss

Antrag: Sachstandsbericht zur Digitalisierung

- Die Verwaltung erstellt einen Bericht über die Vermittlung von Medienkompetenz, vor allem im politischen Bereich, an den Schulen des Landkreises.

- Die Verwaltung stellt dar, wie der technische Support in der Digitalisierung geleistet wird. Die Schulen brauchen eine verlässliche Unterstützung durch den Landkreis oder ein von ihm beauftragtes Unternehmen.
- Der aktuelle Sachstand der digitalen Bildungsplattform des Landkreises wird berichtet.
- Die Verwaltung aktualisiert ihren Bericht über den Stand der Digitalisierung beim Kunstbestand des Landkreises.

Jugendhilfeausschuss

Antrag: Landkreisweite Durchführung und Finanzierung von MIMAMO

Die Verwaltung möge darstellen, wie das erfolgreiche Projekt „MIMAMO“ des SJR Esslingen durch Finanzierung des Landkreises dauerhaft weitergeführt werden kann. Weiter soll aufgezeigt werden, wie das Projekt als dezentrales Angebot im Landkreis aufgebaut werden kann.

Begründung:

Seit April 2017 führt der SJR Esslingen das Projekt MIMAMO (MitMAchMOmente) durch. Ziel ist die Förderung der Beteiligung und Integration junger Menschen mit Behinderung ab 12 Jahren. Diese finden nur schwer Zugang zu bestehenden Angeboten der Jugendarbeit und zu Strukturen der Jugendbeteiligung. Mit dem Projekt MIMAMO gelingt es seit zwei Jahren junge Menschen mit Behinderung an Beteiligungsstrukturen heranzuführen, z.B. durch die Teilnahme an den beiden Jugendkonferenzen, den Zugang zur Jugendarbeit zu ermöglichen, z.B. als Ehrenamtliche bei der Kinderspielstadt oder einfach durch Teilhabe im Sozialraum.

Während der Arbeit wurde deutlich, dass für eine gelingende Beteiligung und Integration eine regelmäßige und kontinuierliche Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen und deren Familien von zentraler Bedeutung ist. Daher gibt es bei MIMAMO einen wöchentlichen Treff zu dem auch nichtbehinderte Jugendliche kommen. Dabei wird Beteiligung aktiv erfahrbar.

Die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppe machen einen Betreuungsschlüssel notwendig, der weit über die Anforderungen der Angebote der Jugendarbeit hinausgeht und sich an der Behindertenhilfe orientiert. Der Bedarf solcher Angebote ist groß. Mehr als 30 junge Menschen mit Behinderung nehmen regelmäßig am Projekt MIMAMO teil. Dabei kommen rund die Hälfte der Jugendlichen aus anderen Kommunen des Landkreises.

Aktuell wird das Projekt MIMAMO durch die Unterstützung der Aktion Mensch finanziert. Diese Förderung läuft demnächst aus.

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass für eine gelingende Beteiligung und Integration Jugendlicher mit Behinderung ein Zusammenwirken von Behinderten- und Jugendhilfe zwingend notwendig ist.